



## Regierungsratsbeschluss vom 26. September 2017

Kantonale Volksinitiative (Gesetzesinitiative) „zur Stärkung der politischen Bildung (JA zu einem Fach Politik)“; Prüfung der rechtlichen Zulässigkeit und weiteres Verfahren

---

P171081

1. Der Regierungsrat genehmigt den vorgelegten Schreibensentwurf an den Grossen Rat.
2. Der Regierungsrat beantragt dem Grossen Rat ist gestützt auf §§ 13, 18 und 20 Abs. 2 IRG:
  - (1.) dem Entwurf zu einem Grossratsbeschluss I zuzustimmen und damit den im Text der formulierten Volksinitiative «zur Stärkung der politischen Bildung (JA zu einem Fach Politik)» enthaltenen «§68b» im Sinne einer unumgänglichen Änderung zu entfernen und durch «§68c» zu ersetzen;
  - (2.) dem Entwurf zu einem Grossratsbeschluss II zuzustimmen und damit die Initiative für rechtlich zulässig zu erklären;
  - (3.) die Initiative an den Regierungsrat zur Berichterstattung zu überweisen.

### Begründung

Die kantonale Volksinitiative «zur Stärkung der politischen Bildung (JA zu einem Fach Politik)» verlangt die Einführung eines separaten Faches «Politik» während mindestens eines Jahres in der obligatorischen Schulzeit. Die Initiative ist rechtlich zulässig und soll dem Regierungsrat zur Berichterstattung an den Grossen Rat überwiesen werden. Der Bericht bietet Gelegenheit für eine vertiefte Auseinandersetzung mit den Auswirkungen der Initiative auf Stundentafel, Lehrplan, Laufbahnverordnung oder Ausbildung der Lehrpersonen.

